

SCHLAGLICHT

Schauen Sie doch vorbei ...



MICHAEL
HOFFMANN

So viele Einladungen, vor Ort zu recherchieren, gab es selten. Sonderpädagogische Zentren im Bezirk kämpfen mit dem Image. Lehrer machen einen Bogen um die herausfordernde Ausbildung und Arbeit mit Kindern mit besonderem Bedarf.

Wenn schon die Schule, Beratungseinrichtungen und andere Experten Handlungsbedarf zu besseren Rahmenbedingungen für ihre Klientel erkennen, warum treten sie nicht endlich aus ihrem sonderpädagogischen Schatten?

Integration hat wahrlich keine Lobby. Wenn man auf Veränderungen wartet, ohne offensiver mit seinen Themen und seinen Protagonisten umzugehen, wird man hinter den Integrationsmauern bleiben.



Schüler in Integrationsklassen und sonderpädagogischen Zentren werden von Integrationsassistenten auf dem Weg ins Berufsleben betreut. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen könnten besser sein. Bild: SW/PRIVAT

Hindern Sonderschulen

Ein Blick hinter die Kulissen und die Arbeit der Sonderschulen zeigt Widersprüche. Das Image der Sonderschullehrer ist trotz ihrer enormen Leistungen schlecht. Eltern stehen vor großen Entscheidungen.

MICHAEL HOFFMANN

BISCHOFSHOFEN. Bei einer Podiumsdiskussion zu Wochenbeginn wurde die Situation behinderter Kinder im Pongau auf dem Weg zur Integration beleuchtet. Die Meinungen, ob sonderpädagogische Zentren und Sonderschulen das Allheilmittel sind oder ob deren Abschaffung – und alles auf Integration in Pflichtschulklassen setzen – besser wäre, gehen auseinander.

Elisabeth Kraker-Silbergasser ist Sozialpädagogin und Erziehungswissenschaftlerin. Sie leitet das Büro der „Familienberatung inklusive“ (Soziale Initiative Salzburg) für den Pongau in Bischofshofen und organisierte den Abend: „Wir beraten pro Jahr 523 Pongauer. Häufig geht es um Förderbedarf von Kindern. Die Situation im Pongau ist unbefriedigend – nicht nur im schulischen Bereich, sondern auch durch lan-

ge Wartelisten bei der Lebenshilfe und durch Hürden bei der Arbeitsplatzfindung.“

Die Pädagogin betonte gegenüber den „Pongauer Nachrichten“, dass die UNO-Menschenrechtskonvention davon spricht, dass Personen mit Behinderungen unter uns leben dürfen und nicht in Sondereinrichtungen verwahrt gehören: „Die Direktorinnen der sonderpädagogischen Zentren sind gleichzeitig Integrationsbeauftragte der Region. Sie müssen in einem Konflikt stehen, einerseits ihre Schulen zu erhalten, andererseits Integrationsklassen zu forcieren.“ Sie kritisiert die mangelnde Kooperationsbereitschaft von Schulen und Eltern und das schlechte Image der Lehrerausbildung für Behinderte sowie die fehlende Lobby für Integration: „In manchen Städten werden sonderpädagogische Zentren ganz aufgelöst, Projekte zur Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt von Politik und Arbeitgebern durchgezogen. Bei uns nicht.“

Bezirksschulinspektor Andreas Egger aus St. Johann spricht von vier Prozent der Gesamtschülerzahl, die sonderpädagogischen Bedarf haben – etwas mehr als im Bundesdurchschnitt. Die Bedarf wird meist im Volksschulalter diagnostiziert, dann mit Eltern, Kindern und Lehrern an einer zielführenden Lösung gearbeitet. Dabei geht es letztlich um die Zuerkennung des Förderbedarfs.

Rund die Hälfte der betroffenen Kinder im Pongau sind in Integrationsklassen, die anderen in Sonderschulen oder sonderpädagogischen Zentren. Die Ressource bei der Betreuung, sprich der speziell ausgebildete Lehrer, fehlt im Bezirk häufig. Problematisch ist laut Egger



Arbeit mit Kindern mit besonderem

auch, wenn die Kinder aus einem Klassenverband genommen werden müssen, um eventuell in einer Nachbargemeinde in eine Integrationsklasse zu gehen. Vier Kinder mit Förderbedarf sind für die Anerkennung einer Integrationsklasse nötig und sinnvoll.

Im „PN“-Gespräch meinte Egger: „Sonderschulen sind pädagogisch wertvoll. Unser System ist besser, als es in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist in dem



Sozialpädagogin Elisabeth Kraker-Silbergasser. Bild: SW/migu

die Integration von Kindern?



Bedarf ist faszinierend, findet aber kaum Anerkennung. Bild: SW/ROBERT RATZER

Bereich leicht erhöht. Da liegt die Problematik aber oft im Mangel an möglicher Förderarbeit in den Familien.“

Im Pongau bestehen vier sonderpädagogische Zentren. Jenes in Bad Hofgastein wurde im jüngst eröffneten Schulbau im Zentrum modernisiert. Leiterin ist Edeltraud Pirnbacher: „Wir schätzen den Standort im Zentrum der Gemeinde und können mit den benachbarten Volksschülern viele gemeinsame Aktivitäten setzen – ob es sich um Projekte oder Schulfeiern handelt. 35 Kinder mit Bedarf betreuen wir und halten engen Kontakt mit den Integrationsklassen im Tal.“

In St. Johann kämpft SPZ-Direktorin Elisabeth Obermoser-Kemetinger seit elf Jahren für einen Schulneubau. Die Räume in der Volksschule am Dom lassen einen zeitgemäßen Unterricht der 51 Schüler längst nicht mehr zu. Die Direktorin: „Ich trete zwischen Sonderschule und Integrationsklassen für ein durchlässiges System ein. Wir sind froh, dass im Frühjahr der Schulbau in der Plankenau endlich erfolgt. In der neuen Schule können wir ab 2015 viel mehr und umfassendere Betreuung

anbieten. Derzeit haben die Kinder keine Rückzugsmöglichkeit, keinen eigenen Raum, wo sie zwischendurch turnen können. Durch den Kampf um eine eigene Schule bin ich an meine persönlichen Grenzen der Belastung gestoßen. Das wird eine ganz besondere Schule, die da entsteht.“

Das sonderpädagogische Zentrum in Bischofshofen wurde im Zuge des umfassenden Schulbauprogramms der Stadt zusammengelegt, hat bei der Volksschule „Neue Heimat“ ein Zuhause gefunden. Direktorin Elfriede Kreidl: „Die Expositur in der Wielandner-Hauptschule warf für Lehrer wie Schüler Probleme auf. Jetzt fühlen sich alle wohler. Neben vielen anderen Bereichen können wir die Berufsvorbereitung mit den Integrationsassistenten intensivieren. Für viele Eltern ergeben sich nämlich oft erst nach dem Aufenthalt im sonderpädagogischen Zentrum für ihre dann maximal 18-jährigen Kinder die ganz großen Hürden.“

Die enorme Beanspruchung der Lehrer mit Sonderschülern sieht Claudia Nothdurfter, Leiterin des SPZ Radstadt, als Ursache, dass der Beruf nicht sonderlich hoch im Kurs steht. Viele Pädagogen unterschätzen die enorme Faszination der Arbeit mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen – wenn man sie fördern und integrieren kann. Nothdurfter: „Die Entwicklung der vergangenen Jahre brachte es mit sich, dass wir in den

Zentren oft nur noch die schwierigsten Fälle bekommen und viele andere doch die Integration in den Pflichtschulen vorziehen. Wir in Radstadt sind froh, dass Pläne zur Erweiterung unserer Schule auf den Weg gebracht wurden, damit wir unsere 58 Schüler noch besser fördern können.“

Bei der Recherche zu dem Thema wurde deutlich, dass für viele Eltern die Sorgen oft erst nach sonderpädagogischem Zentrum, Integrationsklasse und Schulabschluss beginnen. Elisabeth Kraker-Silbergasser: „Auf Jobsuche müssen manche Familien in andere Bundesländer auswandern, weil in Salzburg nichts zu finden ist. Auf dem Gebiet ist der Gesetzgeber gefordert. Es gibt Modelle, in denen der Betrieb 80 Prozent der Förderung bekommt und der Behinderte 20 Prozent als Gehalt. Viele Arbeitgeber prüfen gar nicht, ob und wie ein Behinderter in den Betrieb sinnvoll integriert werden könnte. Bessere Berufschancen würden wohl auch den Druck der Eltern während der Schulzeit ihrer Sprösslinge nachhaltig reduzieren.“

Aussichten für junge Arbeitnehmer verbessern

„Junge Kolleginnen und Kollegen brauchen gute Aufstiegschancen durch beste Ausbildungsplätze“, sagt AK-Fraktionsobmann Bernhard Befurt (ÖAAB & FCG). Gemeinsam mit seinem Team in der Arbeiterkammer Salzburg setzt er sich für die Interessen von jungen Arbeitnehmern ein. „Dazu gehören auch gerechte Löhne, der Kampf gegen die Ausbeutung durch Dauer-Praktika und das Recht auf einen Ausbildungsplatz nach der Schulpflicht. Außerdem darf es Arbeitsverträge mit einer pauschalen Überstundenentlohnung (All-In-Verträge) erst ab

einer bestimmten Einkommensgrenze geben. Wir machen Arbeitnehmervertretung mit Herz und Verstand und stellen die Menschen in den Mittelpunkt“, hält ÖAAB & FCG-Fraktionsobmann Bernhard Befurt fest.



Mehr auf: www.oeaab-sbg.at und auf Facebook.



AK-Fraktionsobmann Bernhard Befurt und ÖAAB-Obmann LH-Stv. Christian Stöckl setzen sich ein für bessere Arbeitsbedingungen von jungen Arbeitnehmer/innen.